

## Haushalt 2011:

### **Stresstest bestanden – Nothaushalt abgewendet**

#### **Zur Situation**

- Die Aufgaben der Kommunen sind gestiegen (z.B. Kinderbetreuung U3 und OGS), ohne dass sie von Bund und Land komplett gegenfinanziert sind.
- Die Wirtschaftskrise macht sich bei der Gewerbesteuer erst verzögert bemerkbar. (2011 -1. Entwurf- nur 16 Mio statt 29 Mio 2006)
- Die Umlagen an Kreis, LVR, VRR, BRWV, u.a. sind enorm hoch (40-50% des Haushaltes!) und sie steigen i.d.R..
- Die Einnahmen von der Kreissparkasse sind durch die WestLB-Krise verschluckt worden.
- Die Steuerreform beschert den Kommunen in NRW jährlich ein Minus von 2,9 Mrd. €. (Das Konjunkturpaket brachte 2,1 Mrd. –das aber nur einmalig-.)
- Auf die Gemeindefinanzreform warten die Kommunen schon seit Jahren vergeblich.
- Und dazu noch viele Unwägbarkeiten wie der Landeshaushalt NRW, die Weltwirtschaft nach den Katastrophen in Japan, die Abwicklung der WestLB, die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben (Kanaldichtigkeitsprüfungen -Leitungspläne zu städt. Gebäuden fehlen weitestgehend - mit 400.000€ im Haushalt 2011 veranschlagt – evtl. Sanierungskosten),...

Es ist momentan kein Leichtes einen Haushalt genehmigungsfähig zu gestalten. Viele Kommunen befinden sich im Nothaushalt, d.h. sie werden von der Aufsichtsbehörde gesteuert und freiwillige Leistungen (Bibliothek, Musikschule, Jugendarbeit, Schülerbetreuung, Zuschüsse an Vereine usw.) geraten in Gefahr, gestrichen zu werden.

Darum ist es erfreulich, dass dies für Erkrath durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen abgewendet werden konnte.

- Durch Einsparungen (auch wenn die CDU anderes behauptet).
- Durch Anhebung der Hebesätze für die Gewerbesteuer auf 420, für die Grundsteuer A (Forst-und Landwirtschaft) auf 210 und die Grundsteuer B auf 420 Punkte. (unpopulär, aber notwendig!)
- Durch die Reduktion der allgemeinen Rücklage.  
(Die Ausgleichsrücklage war schon von CDU/FDP in wirtschaftlich guten Zeiten (2007-2009) von 24 Mio. auf 5 Mio. massiv reduziert worden.)

In der Öffentlichkeit (es war übrigens kein Bürger zur Verabschiedung

des Haushalts anwesend) und in der Presse wird dies sehr kritisch begleitet, darum möchte ich auf einige gestellte Fragen (und Vorwürfe) Stellung nehmen:

## Warum wird nicht mehr gespart?

Wenn man sich den Haushalt genau ansieht, so wird an vielen Stellen gespart: Maßnahmen werden verschoben, Planungen (auch aus Personalmangel in der Verwaltung) sind aufgeschoben, auf höhere Zuschüsse wird verzichtet...

Zudem sind viele Ideen und Vorschläge aus Bürgerschaft (u.a. angeregt durch die BmU-Initiative [www.erkrath-spart.de](http://www.erkrath-spart.de)) und Politik in der Prüfung, vielleicht ergibt sich hier in Zukunft noch weiteres Einsparpotential. Allerdings entstehen dadurch auch große Widerstände in der Bürgerschaft: wenn beispielsweise nur geprüft werden soll, ob man einzelne Ampeln nachts/ oder ganz abschalten könnte, wird in der Presse bereits negativ berichtet. Nachdenken muss m.E. aber stets erlaubt sein.

Im Sinne einer soliden Finanzpolitik hatte die BmU bereits im Sommer 2010 ein 19-Punkte-Programm für die Haushaltskonsolidierung ausgearbeitet und konnte viele Vorschläge in die aktuelle und zukünftige Haushaltsplanung einbringen (u.a.: Verbesserung des Vorschlagwesens zu Einsparungen in der Verwaltung; interkommunale Zusammenarbeit). Allerdings muss auch klar gesagt werden, dass die Einsparmöglichkeiten sehr gering sind, da **nur etwa 5% des Haushaltes** (Ausgaben ca. 94 Mio.) **überhaupt beeinflussbar** sind! Die größten Posten sind unabänderliche Ausgaben, zu denen die Stadt verpflichtet ist, so etwa: Umlagen an Kreis (voraus. 24 Mio.), LVR, VRR, BRWV, Berufskolleg; 4 Mio. an den Fond deutsche Einheit; 0,5 Mio. Krankenhaus-Ausgleichszahlung; Sozialausgaben/Jugendhilfe (Ergebnis: ca. -6,5 Mio.); Ausgaben für Schulen (Ergebnis: -8 Mio.); für KITAS (Kosten: 10 Mio., Ergebnis: -4,5 Mio.); u.a.. (Besuchen Sie doch nächstes Jahr mal die öffentliche Vorstellung des Haushaltes.)

Und interessant auch, dass die, die „mehr sparen“ fordern (CDU und FDP), konkret nur wenige Vorschläge einbringen („die Standards sind nicht haltbar“ – was das aber bedeutet wird nicht gesagt – Angst vor dem Unmut der Bürger?) und selber in ihrer Regierungsperiode bis November 2009 die Verschuldung durch den fast vollständigen Abbau der Ausgleichsrücklage vorangetrieben haben. Auch hätte man damals an den Kosten für den Umbau des Hochdahler Marktes (1,6 Mio) durch andere Maßnahmen sparen können.

## Wird Geld verschleudert? z.B. für die Stadteingangsschilder

Seit Jahren wird im Planungsausschuss darüber beraten, wie die Ortseingänge attraktiver gestaltet werden könnten, übrigens auch von CDU und FDP angeregt.

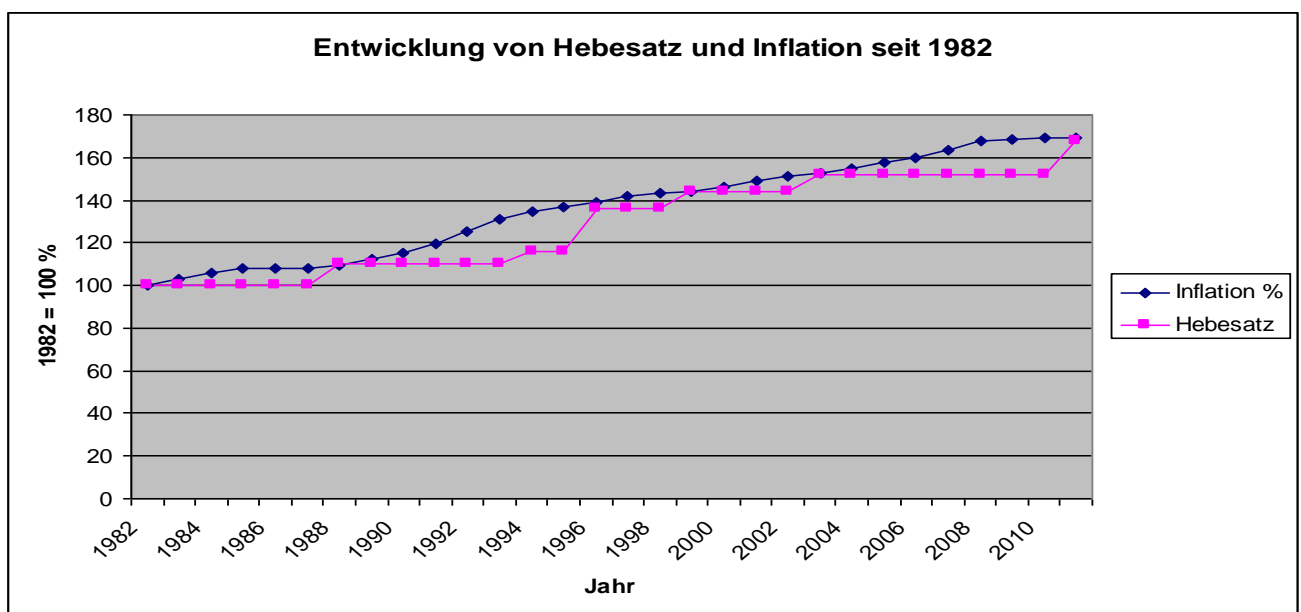
Im Rahmen einer Image-Entwicklung für die Stadt Erkrath, die besonders auch von ortsansässigen Firmen eingefordert wird, wurden FH-Studenten zu einem Gestaltungswettbewerb geladen. Für diese – bereits abgeschlossene- Arbeit und als Preisgeld für die Gewinner wurden im Haushalt 10.000€ eingestellt, nicht die in der Presse berichteten 40.000!

Gerade im Zuge des Stadtentwicklungskonzeptes ist das Image der Stadt ein zentrales Thema, ein neues Logo könnte hier sinnvoll sein.

Wenn Sie meinen, dass irgendwo Geld verschwendet wird, so weisen Sie darauf hin, z.B. unter [www.erkrath-spart.de](http://www.erkrath-spart.de) oder an: BmU, Bergstr. 13.

## Warum werden die Steuern (Grund- und Gewerbesteuer) erhöht?

2003 hatte es in Erkrath die letzte Anhebung der Hebesätze gegeben (damals mit den Stimmen der CDU). Seitdem waren sie konstant geblieben.



Angesichts der allgemeinen Teuerung, welche auch den Haushalt Erkraths belasten, kann man die Anhebung als Inflationsausgleich betrachten. In einer Berechnung seit 1982 konnte BmU-RM R. Hustädt zeigen, dass die neuen Hebesätze ziemlich genau diesen Ausgleich erreichen.

Gerade im Sinne der Generationengerechtigkeit ist die Erhöhung zu vertreten, was wir heute in Anspruch nehmen, sollen nicht unsere Kinder und Enkel zahlen müssen!

Zudem liegen die neuen Hebesätze nun nur unwesentlich über den vom Land vorgegebenen „fiktiven Hebesätzen“. Ein Verbleiben bei den alten Hebesätzen, hätte somit indirekt zu Ausgleichszahlungen („Strafzahlungen“) im Gemeindeausgleichsverfahren geführt. Auch viele andere Kommunen haben ihre Steuern dieses oder letztes Jahr demnach erhöht oder werden es noch tun.

Die Kooperation aus SPD, Grünen und BmU hat sich die Entscheidung zur Anhebung nicht leicht gemacht.

Nach einer Klausurtagung und längerer Diskussion haben Fraktion und Mitgliederversammlung der BmU dieses einstimmig als notwendig für Erkrath befürwortet. Auch wenn es uns selber weh tut, schließlich wird auch jeder von uns in Form der Grundsteuer B betroffen sein.

Desweiteren darf nicht unerwähnt bleiben, dass die beschlossenen Sätze selbst von Bürgermeister Werner (CDU) und Kämmerer Schiefer vorgeschlagen wurden und der Bürgermeister im Rat mit SPD, Grünen und BmU für die Anhebung der Hebesätze und den Haushalt 2011 gestimmt hat.

Dass sogar 1 RM der CDU im HFA äußerte, dass „Steuererhöhungen vielleicht nicht zu umgehen“ seien, zeigt, dass in der CDU die Notwendigkeit der Steuererhöhung zwar bekannt ist, aus öffentlichkeitswirksamen Gründen aber die ablehnende-empörte Schiene gefahren wird.

## **Warum kann der Haushalt nicht „Eingefroren“ werden (wie es die CDU fordert)?**

(Vorbemerkung: Schon spannend, dass die CDU hiermit Haushaltsposten zustimmen würde, die sie 2010 noch abgelehnt hatte.)

Zunächst liest es sich gut, die Ausgaben aller Haushaltsbereiche „einzufrieren“, d.h. nicht mehr Geld als im Vorjahr auszugeben.

Grundsätzlich ist dies auch stets das Bestreben der BmU, nicht mehr Geld auszugeben.

Allerdings würde ein solcher „Deckel“ dazu führen, dass absolut nötige Maßnahmen ausbleiben müssten, wie:

- Sanierung der Feuerwache (sie ist z.T. nicht mehr benutzbar)
- Kanaldichtigkeitsprüfungen (gesetzlich vorgeschrieben! – ca. 400.000€)
- Ausbau der U3- und OGS-Betreuung (städt. Anteil an den Kosten)
- Förderung des Demenznetzwerkes der Caritas
- Wochenendangebote für Jugendliche (3000€)
- Linienausweitung des Bürgerbusses (trägt sich fast alleine)

Das kann nicht gewollt sein!

Bestimmte Mehrausgaben sind zudem sinnvoll und der Verzicht wäre unverantwortlich: so etwa Investitionen, wie in die Straßenbeleuchtung. In den nächsten 8 Jahren werden 714.000€ investiert (neue sparsame Lampen, Austausch von 25% schadhaften Masten), dafür kommt es dann zu einer Stromkostensparnis von 78.000€ jährlich (bei heutigen Strompreisen), längerer Haltbarkeit der Leuchtmittel, weniger Wartungskosten und einer deutlichen CO<sub>2</sub>-Reduktion.

## **Warum werden die Gebiete Kleines Bruchhaus und Neanderhöhe nicht bebaut? Könnte man dadurch nicht mehr Steuern einnehmen?**

An dieser Stelle soll nicht die ganze Diskussion über den Erhalt der letzten Grünflächen, Umweltschutz, sinkende Bevölkerungszahl, leerstehende Gewerbeflächen in Nachbarkommunen, u.a. wiederholt werden.

Nur kurz erwähnt: Von 11.671 Gemeinden in Deutschland steht Erkrath bezüglich der Bevölkerungsdichte bereits auf Platz 64! Noch vor Städten wie Karlsruhe, Recklinghausen, Mönchengladbach, Remscheid oder Augsburg.

Neue Bau- und Gewerbegebiete müssen fiskalisch überprüft werden, ob sie die Stadt insgesamt nicht sogar mehr kosten (neue Erschließung, Unterhalt neuer Infrastruktur, Wertverfall anderer Immobilien wegen Überangebot), auch hier wird das laufende Stadtentwicklungskonzept (Machen Sie noch mit: [www.zukunft-erkath.de](http://www.zukunft-erkath.de)) hoffentlich zukunftsweisende Vorschläge machen können.

Hätte man die Planverfahren Kleines Bruchhaus und Neanderhöhe weiterlaufen lassen, so stünde 2011 noch keine einzige Immobilie und mit den ersten Gewerbesteuererinnahmen könnte man frühestens 2015 rechnen. Dass CDU und FDP dieses Thema nun in die Haushaltsdebatte 2011 einbringen ist sicherlich taktisch zu sehen, es hätte dem Haushalt 2011 aber auch rein gar nichts gebracht.

## **Haben die höheren Strompreise der Stadtwerke etwas mit dem Haushalt zu tun?**

Wer den Zeitpunkt der letzten Erhöhung und die Begründung der Stadtwerke betrachtet, muss feststellen, dass dies nichts mit dem Haushalt 2011 zu tun haben kann. Natürlich bringen die Stadtwerke als Tochter der Stadt ihre Gewinne als Ertrag in den Haushalt ein. Wer aber behauptet, dass die Preise steigen, damit mehr Geld in den Stadtsäckel fließen, verkennt, dass die SW sich in einem Wettbewerb befinden. Grund für die Preiserhöhung ist laut SW die bundesweite Erhöhung der Umlagen für regenerativen Strom. Im Vergleich zu vielen anderen Anbietern, fiel die Erhöhung in Erkrath sogar noch moderat aus. Tipp: Prüfen Sie mal für sich, ob der „regiostrom“-Tarif der Stadtwerke für Sie nicht günstiger als ihr alter Tarif ist.

## **Wie ist die „Empörung“ durch die CDU zu verstehen? „SPD, BmU und Grüne zerstören systematisch Erkrath“/ „Eltern vieler Kinder bewusst getäuscht“ (CDU)?**

Betrachtet man die Verlautbarungen der CDU in den letzten Wochen mit etwas Nachsicht, so kann man dies als Taktik und Aufmerksamkeitshascherei einordnen.

Im Einzelnen kann man sich das anhand der voranstehenden Stellungnahmen zum Haushalt 2011 vor Augen führen.

An einem konkreten Beispiel soll dies noch einmal deutlich gemacht werden: So ist CDU-Sprecher M. Hildebrandt auf der Homepage der CDU und in der Presse „entsetzt“ und „empört“, dass die Kooperation allein im ASS (Schul-/ Sozialausschuss) 143.399€ mehr ausgeben würde als ursprünglich im 1. Entwurf vorgesehen.

Was hier verschwiegen wird, ist, dass allein 125.000€ auf unabwendbare Mehrkosten für das Toni Turek Stadion entfallen (davon satte 41.000 externe Planungskosten, da die Verwaltung keine Kapazitäten hat).

Würde sich die CDU mit ihrem „Einfrier-Spar-Vorschlag“ durchsetzen, hieße das: Stilllegung der Baustelle, weiterhin keine/ingeschränkte Nutzung für die Sportler sowie Gefährdung der Mittel aus dem Konjunkturpaket.

Zu den durch die CDU kritisierten Mehrausgaben gehören dann auch so „empörende“ Dinge, wie 5000€ für die weitere Planung des neuen Jugendhauses in Hochdahl (was selbst durch einige CDU-Ratsmitglieder sonst sehr unterstützt wird), 2900€ (100€ pro Gruppe) für zusätzliches

Spielmaterial für Kita-Gruppen (besonders U3-Bedarf), 1600€ für Schulwegepläne (sicherere Schulwege), 5000€ für das Kinder-Förder-Projekt Singpause in den Grundschulen (sehr erfolgreich in Düsseldorf)...

Und an anderer Stelle tut die CDU dann so, dass die OGS-Betreuung in Gefahr geriete, neue OGS-Gruppen geschlossen würden, wenn es zum Nothaushalt käme. – Ein unglaublicher Unsinn! - Wenn die CDU ausführt, SPD, Grüne, BmU hätten „Eltern vieler Kinder bewusst getäuscht“, so ist dies nicht nur einfach falsch, sondern auch eine Unverschämtheit, welche das momentane Niveau der Erkrather CDU zeigt.

Man muss sich die Frage stellen: Wer täuscht hier wen?

-Variante A: Die CDU hat das mit den OGS-Plätzen nicht so ganz verstanden.

-Variante B: Die CDU will es nicht so ganz verstehen...

Fakt ist allerdings, dass alle nötigen Betreuungsplätze im Sommer geschaffen werden! Auch in Zukunft wird die BmU alles dafür tun, dass die benötigten Plätze eingerichtet werden können.

Schade, dass man solche in ihrer Art unfairen Vorwürfe in der Presse lesen muss, ohne dass die Gegenposition ausreichend Gehör findet.

Die Politik in Erkrath hätte besseres zu tun, als sich gegenseitig zu „empören“, immer wieder gibt es Hoffnungsschimmer, dass man fraktionsübergreifend zu gemeinsamen und vernünftigen Lösungen kommen kann. Es wäre doch so wichtig, wenn sich alle politischen (wie gesellschaftlichen!) Kräfte z.B. konstruktiv dem Stadtentwicklungskonzept widmen würden!

Mit den besten Grüßen und guten Wünschen für Erkrath,  
Ihr  
Christian Ritt

[Nähere Ausführungen zum Haushalt finden Sie in der Haushaltsrede von Bernhard Osterwind unter [www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de)]

Diverses außerhalb des Rates und der Haushaltsberatungen:

## **Werden bald Ampeln abgeschaltet (Wie in der Presse zu lesen z.B. am Rosenhof)? / Kommt jetzt überall Tempo 30?**

Kurz gesagt:

Es gibt im Rahmen von Einsparungsvorschlägen einen Prüfauftrag des PIUV an die Verwaltung, ob einzelne Ampeln nachts abgeschaltet und ggf. sogar ganz entfallen könnten. Niemand hat aber bereits etwas beschlossen (z.B. zur Ampel am Rosenhof), auch wenn die Überschriften der Zeitungen anderes vermuten ließen. Die Ergebnisse der Prüfung werden dann zu Beratungen führen. Darüber nachdenken muss doch möglich sein.

Gleiches gilt für die Tempo 30-Diskussion, an drei Abenden in Unterfeldhaus, Erkrath und Hochdahl werden mit den interessierten Bürgern drei verschiedene Konzept-Möglichkeiten diskutiert.

Beteiligen Sie sich an den Diskussionen (zu allen Themen). Sie können oft mehr beeinflussen, als sie denken.